

WB-FM-01 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.03.2017
Tagesordnungspunkt: WB.WB-FM Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

- 1 Wir leben 2017 in einer Zeit dramatischer Umbrüche in der Weltpolitik. Die Hoffnung
- 2 auf eine
- 3 globale Friedensordnung droht zu schwinden. Kriege und Konflikte in der
- 4 Nachbarschaft der
- 5 Europäischen Union haben sich in den vergangenen Jahren weiter verschärft.
- 6 In einer solchen Lage sind Besonnenheit, eine multilaterale Ausrichtung, die Stärkung
- 7 des
- 8 Völkerrechts sowie zivile Ansätze dringender denn je. Unsere Orientierung sind die
- 9 vielen
- 10 demokratischen Aufbrüche der vergangenen Jahre, von Indonesien über Ghana bis
- 11 Tunesien. Wir
- 12 werden alle Länder, die dies wollen, darin bestärken, sich von innen heraus zu
- 13 reformieren,
- 14 den Kampf gegen die Korruption aufzunehmen – sich nachhaltig zu entwickeln und in
- 15 Freiheit
- 16 zu leben.
- 17 Leitbild unseres außenpolitischen Engagements ist es, dass Deutschland und Europa
- 18 mehr
- 19 Verantwortung für die Gestaltung einer friedlichen und kooperativen Weltordnung
- 20 übernehmen
- 21 müssen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass durch globale Partnerschaft und
- 22 Zusammenarbeit die Welt an vielen Stellen zu einem besseren Ort werden kann.
- 23 Diesen Weg
- 24 wollen wir Grünen entschlossen weitergehen. Wir stehen für die Stärkung des
- internationalen
- Rechts und einer multilateralen Politik, für eine wertegeleitete Außen-, Sicherheits-
- und
- Entwicklungspolitik, die fest in den Vereinten Nationen und der Europäischen Union
- verankert
- ist, eingebettet in die NATO und im Rahmen von regionalen Organisationen wie der
- OSZE und
- des Europarats agiert. Dies gilt gerade jetzt. Die Welt wird nur sicherer werden, wenn
- wir
- international nicht weniger, sondern enger zusammenarbeiten.
- Im Mittelpunkt internationaler Politik steht für uns der Mensch mit seiner Würde,
- seinen
- unveräußerlichen Rechten und seiner Freiheit. Uns leiten die Wahrung von Frauen- und
- Menschenrechten und die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen. Das
- schließt auch den
- Kampf für soziale Gerechtigkeit und globale Entwicklung ein sowie die Bekämpfung
- von
- Geldwäsche und internationaler Korruption.

25 Menschenrechte, Krisenprävention und Entwicklung in den Mittelpunkt

26 In der globalisierten Welt sind Außen- und Innenpolitik heute kaum mehr voneinander
27 trennen. Ressourcenkonflikte, Fluchtbewegungen und die gemeinsame
28 Herausforderung der
29 Klimakrise zeigen, dass die Probleme der Welt nicht vor der eigenen Haustür Halt
30 machen.
31 Frieden, Freiheit, ein Leben in Würde und der Schutz der globalen öffentlichen Güter
32 stehen
33 allen Menschen gleichermaßen zu. Wir kritisieren scharf, dass autoritäre Regime in
34 vielen
35 Ländern ihre Macht ausbauen. Demokratische Gesellschaftsmodelle geraten
36 zunehmend unter
37 Druck. Nicht nur in Russland, China oder Ägypten, auch in der Türkei, in Indien oder
38 Vietnam
39 ist die massive Einschränkung von Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit
40 mittlerweile
41 bittere Realität. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und demokratischen
42 Bewegungen
43 wird immer öfter von staatlicher Seite behindert und kriminalisiert. Das betrifft auch
44 die
45 politischen Stiftungen und ihre Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen vor Ort.
46
47 Entwicklungspolitik darf nicht für Abschottungsmaßnahmen oder militärische Zwecke
48 missbraucht werden, sondern muss klar partnerschaftlich vereinbarten Zielen wie der
49 Korruptionsbekämpfung, Stärkung staatlicher Strukturen, Reduzierung sozialer
50 Ungleichheit,
51 Hungerbekämpfung und globaler Entwicklung dienen. Die Gleichberechtigung der
52 Geschlechter
53 und die Durchsetzung der Frauenrechte sind dabei entscheidende Faktoren. Das
54 inzwischen fast
55 50-jährige und oft wiederholte Versprechen, 0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für
56 die
57 weltweite Entwicklung bereitzustellen, müssen wir endlich einlösen, genauso wie eine
58 verlässliche humanitäre Hilfe für Menschen in Not sowie ein stärkeres finanzielles und
59 personelles Engagement im Rahmen der VN, der EU und der OSZE. Die Auswärtige
60 Kultur- und
61 Bildungspolitik übernimmt beim Dialog zwischen und mit verschlossenen
62 Gesellschaften eine
63 wichtige Rolle. Wir wollen sie deshalb stärken.

48 Trotz der akuten Krisen im Nahen und Mittleren Osten dürfen Deutschland und die EU
49 auch eine
50 Friedenslösung im Nahostkonflikt nicht aus dem Blick verlieren. Wir Grünen setzen uns
51 weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um den Fortbestand Israels als
52 demokratischen
53 Staat sowie die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen
54 Staates
55 Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten. Wir bekennen
56 uns zu der
57 besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Staat Israel sowie seinem

Existenzrecht

54 und seiner Sicherheit in gesicherten Grenzen als Eckpfeiler deutscher Außenpolitik.
Zugleich

55 setzen wir uns ein für das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser in
56 Selbstbestimmung, Frieden und Sicherheit frei von Besatzung unter Wahrung ihrer
57 Menschenrechte in ihrem eigenen Staat zu leben. Wir lehnen jegliche Strategien auf
beiden

58 Seiten ab, die Völkerrecht brechen oder auf Gewalt und Konfrontation setzen sowie auf
die

59 fortgesetzte Schaffung von Fakten, die der Erreichung einer stabilen Zwei-Staaten-
Regelung

60 entgegenstehen.

61 **Rüstungsexporte in Krisenregionen stoppen, Abrüstung voranbringen**

62 Der Verkauf von Waffen und Rüstungsgütern in Regionen mit Krisen und Konflikten
verschärft

63 diese meist, statt sie einzudämmen und zu lösen. So nähren deutsche
Rüstungsexporte an

64 Saudi-Arabien und andere kriegführende Parteien die Kriege im Nahen Osten, aber
auch den

65 sogenannten Drogenkrieg in Mexiko. Das wirtschaftliche Interesse einzelner
Unternehmen

66 übertrumpft dabei das humanitäre Interesse an Konfliktprävention und Konfliktlösung.
Damit

67 muss endlich Schluss sein. Deshalb werden wir mit dem Rüstungsexportgesetz
gesetzlich

68 verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an
klare

69 Kriterien geknüpft, massiv begrenzt und der Export in Staaten außerhalb von NATO
und

70 Europäischer Union unterbunden wird. Insbesondere Exporte in Konfliktgebiete und
Länder, in

71 denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sollen gesetzlich verboten
werden. Auf

72 europäischer Ebene brauchen wir sowohl eine stärker koordinierte Sicherheits- und
73 Verteidigungspolitik als auch verstärkte Anstrengungen zur Rüstungskontrolle. Sie
müssen

74 streng und umfänglich parlamentarisch durch Bundestag und Europäisches Parlament
75 kontrolliert sein.

76 Wer Frieden will, muss sich für weltweite Abrüstung engagieren und dabei mit
eigenem

77 Beispiel vorangehen. Weltweite Abrüstung muss ein Grundpfeiler der deutschen und
78 europäischen Außenpolitik werden – gerade in unruhigen Zeiten. Wir kämpfen für eine
Welt

79 ohne Atomwaffen und dafür, sie völkerrechtlich durch eine internationale Konvention
zu

80 ächten. Es ist unverantwortlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung im August
2016 gegen

81 einen VN-Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt hat. Wir Grünen
fordern den

82 Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Wir setzen uns auch für eine internationale

83 Konvention für das Verbot autonomer Waffen und Kampfroboter ein und sind gegen die
84 Anschaffung bewaffneter unbemannter Fluggeräte, also sogenannter bewaffneter
85 Drohnen, für
86 die Bundeswehr.

86 **Stärke des Rechts statt Recht des Stärkeren**

87 Wir Grünen setzen auf die Stärke des Rechts statt auf das Recht des Stärkeren. Die
88 Anerkennung des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen ist eine Voraussetzung
89 dafür. Die VN
90 sind aber nur so stark, wie ihre Mitgliedstaaten es erlauben. Deshalb setzen wir uns
91 dafür
92 ein, dass Deutschland sich im Rahmen der VN, ihrer Unterorganisationen sowie
93 regionaler
94 Organisationen wie der OSZE stärker finanziell und personell engagiert.
95 Wir sind davon überzeugt, dass dauerhafter Frieden nur politisch, nicht militärisch
96 erreicht
97 werden kann. Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Deswegen sind
98 zivile
99 Konfliktprävention und zivile Konfliktbearbeitung zentrale Anliegen grüner
100 internationaler
101 Politik. Sie sind heute wichtiger denn je und gehören ins Zentrum der deutschen
102 Außenpolitik.
103 Wir erkennen jedoch an, dass es Situationen gibt, in denen zur Eindämmung von
104 Gewalt, zur
105 Verhinderung schwerer Menschenrechtsverletzungen und zur kollektiven
106 Friedenssicherung der
107 Einsatz von Militär geboten sein kann. Das Konzept der Schutzverantwortung der VN
108 besagt,
109 dass es Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist, aktiv zu werden, wenn
110 nationale
111 Regierungen nicht in der Lage oder willens sind, Menschen vor schweren
112 Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Dabei geht es um die Pflicht zur Prävention,
113 die
114 Pflicht zur Reaktion sowie die Pflicht zum Wiederaufbau. An erster Stelle muss immer
115 die
116 Prävention stehen, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen. Militärische
117 Gewalt darf
118 nur das äußerste Mittel zur Eindämmung von Gewalt sein. Sie darf nur dann eingesetzt
119 werden,
120 wenn alle anderen Maßnahmen keine Aussicht auf Erfolg haben und das Völkerrecht
121 den Rahmen
122 vorgibt. Der Einsatz sollte eingebettet sein in klare Konzepte für die Zukunft des
123 betroffenen Staates. Ein stabiler Frieden setzt deutlich mehr als ein Ende der Gewalt
124 voraus.
125 Die Blockade des VN-Sicherheitsrats bei zentralen Entscheidungen muss durchbrochen
126 und das
127 Gremium wieder handlungsfähig werden. Wird der VN-Sicherheitsrat nicht aktiv, sollte
128 die

112 Generalversammlung der VN das Recht beanspruchen, mit qualifizierter Mehrheit den
113 Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle friedens erzwingende
Maßnahmen

114 nach Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen. Gleichzeitig sollte der Sicherheitsrat so
115 reformiert werden, dass sich das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten
verbessert. Ein

116 gemeinsamer europäischer Sitz wäre hier ein wichtiger Schritt.

117 Wir wollen auch in diesem Zusammenhang die Vereinten Nationen politisch und
materiell

118 stärken und unterstützen. Hierin sehen wir, neben der Landesverteidigung, auch eine
wichtige

119 Aufgabe der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Jeder
Kampfeinsatz

120 erfordert ein Parlamentsmandat und darf nur im Rahmen eines Systems kollektiver
Sicherheit

121 stattfinden. Dieser Parlamentsvorbehalt ist eine wichtige Vorgabe unserer Verfassung
und

122 darf nicht relativiert werden.

123 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

124

125 **Versprechen halten: 0,7 Prozent des BIP für die ärmsten Länder**

126 Der Kampf gegen weltweite Armut und wirksamer Klimaschutz müssen Hand in Hand
gehen. Wir

127 wollen die Entwicklungsmöglichkeiten der ärmsten Länder ausbauen. Dazu gehört
auch, dass

128 sich diese Länder besser an die Folgen der Klimakrise anpassen können. Wir werden
das Ziel,

129 0,7 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungszusammenarbeit
bereitzustellen,

130 endlich umsetzen. Damit Deutschland seine Zusagen bis 2021 einhält, werden wir die
131 Entwicklungshilfe jedes Jahr erhöhen. Das wäre auch eine Politik, die Fluchtursachen

132 bekämpft.

133

134 **Für ein Rüstungsexportgesetz – keine Waffen in Krisenregionen**

135 Wir wollen Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Staaten mit einer hoch
problematischen

136 Menschenrechtsslage mit einem restriktiven und verbindlichen Rüstungsexportgesetz
stoppen und

137 die bisherige Gesetzeslage verschärfen. Die Federführung bei
Rüstungsexportgenehmigungen

138 wollen wir auf das Auswärtige Amt übertragen. Über die Exportgenehmigungen soll
künftig die

139 gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. In besonders heiklen Fällen
soll der

140 Bundestag vorab über anstehende Genehmigungen informiert werden. Wir wollen

141 Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, um genehmigte
142 Rüstungsexporte durch eine Klage überprüfen zu lassen. Auf europäischer Ebene
kämpfen wir
143 darum, eine europaweite Rüstungsexportkontrolle voranzubringen.

144

145 **Für starke Vereinte Nationen - internationaler Schutzverantwortung gerecht werden**

146 Wir setzen auf eine Politik, die an den Menschenrechten und am Völkerrecht
ausgerichtet ist.
147 Der zentrale Akteur auf globaler Ebene sind die Vereinten Nationen. In den
bestehenden
148 Strukturen und ihrer derzeitigen Ausstattung können sie den wachsenden globalen
149 Herausforderungen nicht mehr gerecht werden. Dazu gehört die Prävention und zivile
150 Konfliktlösung. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) muss
angesichts der
151 rasant wachsenden Flüchtlingszahlen auf der Welt lebensrettende Aufgaben besser
wahrnehmen
152 können. Und die internationale Gemeinschaft muss aktiv werden, wenn nationale
Regierungen
153 nicht in der Lage oder willens sind, ihre Bürger vor Verbrechen gegen die
Menschlichkeit zu
154 schützen. Wir wollen die Vereinten Nationen deshalb stärken, die Schutzverantwortung
auch
155 wirklich wahrnehmen zu können. Deshalb wollen wir Reformen in den Strukturen der
Vereinten
156 Nationen anstoßen und wir wollen sie besser ausstatten, personell und materiell.

157
